

Zweifel an der Amtsangemessenheit der Besoldung bleiben

Fast zwei Jahre hat die Landesregierung mit den Gewerkschaften über eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst verhandelt – rausgekommen ist so gut wie nichts. Jetzt will sie bis Mitte März im Schnelldurchgang ein Gesetzespaket durch den Landtag bringen, mit dem nicht nur die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten und die Versorgungsempfänger geregelt wird, sondern auch der Kinderzuschlag für die Beamten an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst und die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfeverordnung NRW abgeschafft werden soll.

Offiziell begründet die Landesregierung die Bündelung der verschiedenen Gesetzesvorhaben damit, dass sonst die steuerfreie Auszahlung der Corona-Zulage für die Beamten gefährdet sei. Für die GdP erschließt sich das nicht. Sie hätte eine Tren-

nung der einzelnen Maßnahmen für zielführender gehalten. Auch weil dann mehr Zeit geblieben wäre, um die Frage zu prüfen, ob die jetzt von der Landesregierung geplanten Änderungen bei der Besoldung ausreichen, um den Vorgaben des Bundesverfassungs-

gerichts für die amtsangemessene Alimentation der Beamten zu genügen.

Eine abschließende Prüfung dieser Frage war innerhalb der Frist von gerade einmal fünf Tagen, die die Landesregierung den Gewerkschaften für die Abgabe ihrer Stellungnahme zu dem umfangreichen Gesetzespaket eingeräumt hatte, schlicht nicht möglich. Die Stellungnahme der GdP zum Gesetzespaket fiel entsprechend differenziert aus.

Übernahme des Tarifabschlusses

Wie bereits in der Februar-Ausgabe der DP berichtet, sollen in NRW die Bezüge der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfänger am 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent steigen. Außerdem erhalten die aktiven Beamten eine einmalige, steuer- und abgabenfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro.

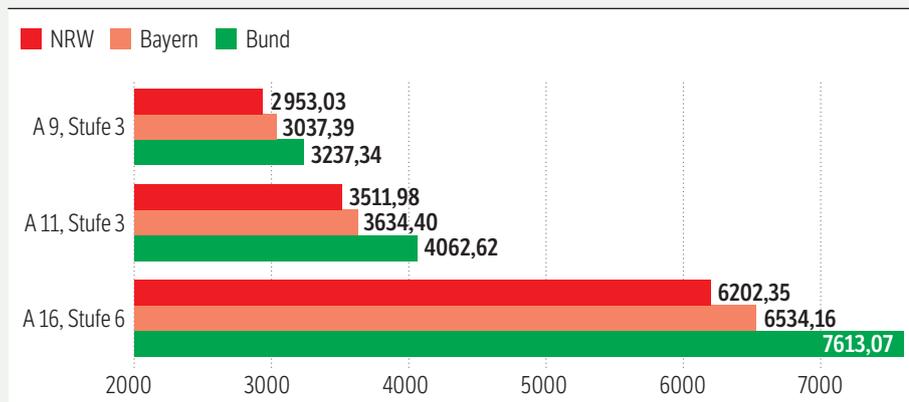
In ihrer Stellungnahme hat die GdP die Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifabschlusses ausdrücklich begrüßt. Zugleich hat sie kritisiert, dass die Pensionäre bei der Corona-Sonderzahlung außen vor bleiben. Mehr als kritisch ist aus Sicht der GdP zudem, dass die Zulagen, die Polizistinnen und Polizisten für die besonderen Erschwernisse ihres Berufs erhalten, auch in der jetzigen Besoldungsrunde nicht angehoben werden sollen. Lediglich die Zulage für Sonn- und Feiertagsarbeit steigt minimal, von 3,58 Euro auf 3,63 Euro die Stunde. Andere Bundesländer und der Bund sind in dieser Frage längst deutlich besser aufgestellt.

Amtsangemessene Alimentation

Parallel zu den beiden Gesetzesentwürfen zur Übernahme des Tarifabschlusses sowie zur Corona-Sonderzahlung hat die

NRW immer mehr abgehängt

Trotz der zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses wird der Besoldungsabstand zum Bund und den anderen Ländern immer größer.*



* Bruttobezüge in Euro, ohne Zulagen. NRW und Bayern ab dem 01.12.2022, Bund ab dem 01.04.2022
Quelle: Gewerkschaft der Polizei



Landesregierung ein weiteres Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Besoldung der Beamten mit Kindern auf das von der Verfassung vorgegebene Mindestniveau angehoben werden soll. Bislang hat das Land lediglich den Kinderzuschlag ab dem dritten Kind erhöht. Nach einem weiteren, im Mai 2020 ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird das Mindestmaß aber bereits bei einer Beamtenfamilie mit zwei Kindern unterschritten (2 BvL 4/18). Um eine Entscheidung, wie dieses Urteil in NRW umgesetzt werden soll, hatte sich die schwarz-gelbe Landesregierung bislang gedrückt. Jetzt plant sie, dass für alle Beamten die ersten beiden Erfahrungsstufen in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 ersatzlos gestrichen werden. Beamte mit Kindern, die in einem Ballungsraum leben, sollen zudem einen Mietzuschuss erhalten.

Beide Maßnahmen werden von der GdP begrüßt. In ihrer Stellungnahme kritisiert sie allerdings, dass die Streichung der ersten beiden Erfahrungsstufen nur rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 greifen soll. Eine Regelung für den davorliegenden Zeitraum ist im Gesetzentwurf nicht erkennbar. Zudem fordert die GdP, dass die beiden Erfahrungsstufen nicht ersatzlos gestrichen werden, sondern durch zusätzliche Erfahrungsstufen am Ende der bisherigen Stufenskala ergänzt werden.

Darüber hinaus plant die Landesregierung, die Kostendämpfungspauschale, mit der die Beamtinnen und Beamten an den Krankenkosten beteiligt werden, ersatzlos zu streichen. Von dieser Maßnahme würden auch die Versorgungsempfänger profitieren. In der Vergangenheit hatte sich die GdP immer wieder für die Streichung der bereits 1999 eingeführten Kostendämpfungspauschale starkgemacht. Diese Forderung greift die Landesregierung jetzt auf.

Zweifel bleiben

Ob die vom Land geplanten Maßnahmen insgesamt reichen, um dem Verfassungsanspruch auf eine amtsangemessene Alimentation der Beamten Genüge zu tun, lässt sich allerdings erst nach einer ausführlichen Bewertung der einzelnen Maßnahmen beurteilen. Ein starkes Signal, dass der öffentliche Dienst aufgewertet werden soll, geht von ihnen ohnehin nicht aus. ■

Zulagen bleiben eingefroren

Auch 2022 bleiben die Zulagen bei der Polizei eingefroren. Lediglich die Zulage für Sonn- und Feiertagsarbeit steigt minimal, von 3,58 Euro auf 3,63 Euro die Stunde. Andere Bundesländer wie Bayern und der Bund zahlen deutlich mehr.

Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (in Euro/Stunde)



* höherer Betrag zwischen 20:00 und 6:00 Uhr
Quelle: Gewerkschaft der Polizei



Chance verpasst. Schon wieder!



Zwei Jahre lang hat die Landesregierung mit den Gewerkschaften über eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst verhandelt, ohne wirkliche Verbesserungen anzubieten. Jetzt wiederholt sich dieses Trauerspiel. Denn das Gesetzespaket zur Übernahme des Tarifabschlusses und zur Umsetzung eines bereits zwei Jahre alten Grundsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation der Beamten geht nicht über das hinaus, was die Landesregierung ohnehin machen muss. Zwar haben die Beamten keinen Rechtsanspruch darauf, dass der Tarifabschluss eins zu eins auf sie übertragen wird, aber vereinbart hatten das die Länder und die Gewerkschaften bereits im vergangenen Jahr in Potsdam – am Rande der dort geführten Tarifverhandlungen. Die Landesregierung setzt mit dem Gesetz zur Beamtenbesoldung also nur das um, zu dem sie sich vorher bereits verpflichtet hat. Alles, was darüber hinausgeht, bleibt auf der Strecke. Von der Anpassung der Zulagen über eine Reduzierung der deutlich zu langen Wochenarbeitszeit bis hin zu einer

Ausgleichszahlung für die Pensionäre, die bei der Coronaprämie außen vor bleiben.

Bei der amtsangemessenen Alimentation handelt die Landesregierung kein bisschen besser. Natürlich sind der Fortfall der ersten zwei Erfahrungsstufen und die Streichung der Kostendämpfungspauschale ein Fortschritt, aber auch hier legt die Landesregierung nur das auf den Tisch, was sie unbedingt anbieten muss. Der Eindruck, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den beiden Regierungsparteien CDU und FDP nicht viel wert sind, verdichtet sich erneut. Und das kurz vor der Landtagswahl.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender



GdP bereitet schon jetzt die nächste Tarifrunde vor

Aktuell liegt die Inflationsrate in Deutschland bei 4,9 Prozent (Januar 2022). So hoch, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Führende Wirtschaftsexperten rechnen damit, dass sie so schnell auch nicht sinken wird. Weil die aktuellen Tarifabschlüsse deutlich hinter diesem Wert zurückgeblieben sind, müssen sich die Beschäftigten in diesem Jahr in allen Branchen auf sinkende Nettoeinkommen einstellen. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst, wo erst im Dezember – nach 14 Nullmonaten – eine Tarif- und Besoldungserhöhung von 2,8 Prozent in Kraft tritt.

GdP-intern hat der Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder zu erheblichen Diskussionen geführt. Viele Beschäftigte bei der Polizei befürchten, dass sie im Vergleich zu anderen Branchen immer mehr abgehängt werden. Und dass ihr Einkommen kaufkraftbereinigt immer weniger wert wird – ein Ziel, das die öffentlichen Arbeitgeber schon lange erreichen wollen. Ein Blick in die Statistik zeigt allerdings, dass die Gewerkschaften eine Abkopplung des öffentlichen Dienstes von der Einkommensentwicklung in anderen Branchen bislang erfolgreich verhindert haben. Und dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch inflationsbereinigt in den vergangenen Jahren Einkommenserhöhungen durchsetzen konnten. Trotz des aktuellen, mehr als unbefriedigenden Tarifabschlusses.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Einkommen der Beschäftigten der Länder um 27,9 Prozent gestiegen. Das sind 11,9 Prozent mehr als die Inflationsrate im gleichen Zeitraum betragen hat (plus 16,0 Prozent). Nur in zwei Jahren lag der Tarifabschluss unter der Inflationsrate: 2012 haben die Beschäftigten 1,9 Prozent mehr bekommen, die Inflationsrate lag bei 2,0 Prozent. Und im vergangenen Jahr gab es 1,4 Prozent mehr, bei einer Inflationsrate von 3,1 Prozent. In diesem Jahr wird die Differenz ähnlich hoch ausfallen. Auch die Corona-Sonderzahlung von immerhin 1300 Euro netto wird diesen Einkommensverlust nicht auffangen können.

Ausschlaggebend für den aktuellen, unter der Inflationsrate liegenden Tarifabschluss waren vor allem die Auswirkungen der Corona-Krise, die die Streikfähigkeit der

Gewerkschaften stark eingeschränkt hat. Das gilt auch für andere Branchen. Eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die Tarifeinkommen im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent gestiegen sind. Bei Tariferhöhungen die 2021 in Kraft getreten sind, aber bereits im Vorjahr vereinbart worden waren, lag die Tariferhöhung noch bei 2,0 Prozent. Bei den 2021 neu verhandelten Tarifabschlüssen dagegen nur bei 1,5 Prozent.

Für die GdP ist deshalb klar, dass es bei der nächsten Tarifrunde ein deutliches Einkommensplus geben muss, mit dem der jetzt entstandene Kaufkraftverlust wieder kompensiert wird. Auch wenn die nächste Tarifrunde erst im September 2024 startet, sind deshalb in der GdP bereits erste Vorbereitungen dafür angelaufen. „Wir haben in den vergangenen Jahren als GdP erheblich an Kampfkraft dazu gewonnen. Erst mit den Aktiven Mittagspausen, dann im vergangenen Jahr mit Warnstreiks in ersten Behörden. Diese Strategie werden wir kon-



sequent ausbauen“, kündigt Jutta Jakobs an, die im Vorstand die Tarifbeschäftigten vertritt. „Die Streikfähigkeit fällt aber nicht vom Himmel, sondern wir müssen hart dafür arbeiten“, ergänzt Jakobs. „Deshalb ist es wichtig, dass wir schon jetzt in den Kreisgruppen beginnen darüber zu diskutieren, wie wir in zwei Jahren möglichst viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße bringen können. Denn das ist die einzige Sprache, die die Politiker verstehen, die uns als Verhandlungsgegner gegenüberstehen.“ ■



Zukunft der Kriminalitätsbekämpfung

Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen



Ohne eine nachhaltige personelle Stärkung, ein am Bedarf angepasstes Fortbildungskonzept und eine bessere technische Ausstattung kann die Kripo in NRW in Zukunft nur noch einen Teil der Straftaten verfolgen. Darauf hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einem Positionspapier zur Zukunft der Kripo aufmerksam gemacht, über das die Deutsche Polizei bereits vorab berichtet hat (DP 01/2022). Jetzt gibt es das mehr als 40 Seiten starke Positionspapier auf der Homepage des Landesbezirks zum Download.



www.gdp-nrw.de



GdP-Frauen setzen sich für flexible Arbeitszeiten und bessere Aufstiegschancen ein

Es geht um ein modernes Gesellschaftsbild. „Ob Kindererziehung oder Pflege: Wir wollen nicht, dass hauptsächlich auf der Frau die Haupt Sorgearbeit lastet“, sagt Kirsten Böhm-Salewski. Mehr Homeoffice, Job-Sharing und flexible Arbeitszeitmodelle einerseits, andererseits aber auch bessere Aufstiegschancen für Frauen bei der Polizei: Alles das steht bei der Frauengruppe der GdP NRW deshalb ganz oben auf der Agenda.

Im August 2021 hat sich der neunköpfige Frauenvorstand neu formiert. Kirsten Böhm-Salewski wurde als Vorsitzende bestätigt, sie ist seit 2017 im Amt und seit 2005 im Vorstand. Gewerkschaftsarbeit ist Teamarbeit. Zu tun ist einiges – etwa wenn es um die Aufstiegschancen geht. In den Gehaltsgruppen A 9 bis A 11 seien Frauen bei der Polizei in NRW zwar mittlerweile ganz gut vertreten: „Aber darüber und im höheren Dienst gibt es Nachholbedarf.“

Beim Landesdelegiertentag im Mai wird sich die Frauengruppe mit einer Reihe von Anträgen einbringen, u. a. zu Arbeitszeit-

Modellen. Für Kirsten Böhm-Salewski sind sie ein gutes Beispiel dafür, dass von Verbesserungen für Frauen auch Männer profitieren, mittelbar oder unmittelbar.

Ein anderes Beispiel kommt aus dem praktischen Berufsalltag: die Forderung nach polizeieigenen Toiletten-Kraftwagen für Großeinsätze. Die Toi-KWs sind lange zugesagt, aber immer noch nicht angeschafft. „Wir bleiben an dem Thema dran, haken nach“, versichert die Frauengruppe-Vorsitzende.

Von der Kommissaranwärterin bis hin zur GdP-Seniorin, ob Beamtin oder Regierungsangestellte: Von den mehr als 45.000 GdP-Mitgliedern in NRW sind aktuell 13.608 Frauen. Längst nicht jede Kreisgruppe hat eine eigene Frauen-



gruppe. Hier wünscht sich der Frauenvorstand, dass weitere Gruppen vor Ort hinzukommen. Auch die Zahl der weiblichen Kreisgruppenvorsitzenden darf gerne weiter wachsen.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ein zunächst für April 2020 geplantes Frauensymposium konnte wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Nun ist es für das kommende Jahr geplant. ■

„NRW hat die Wahl“ – Innenpolitiker im Online-Wahlcheck der GdP

Am 15. Mai stimmen die Bürger in Nordrhein-Westfalen ab. Vorab nimmt die GdP die Innenexperten von CDU, SPD, FDP und Grünen ins Kreuzverhör. Das Thema Innere Sicherheit hat schon so manche Wahl (mit)entschieden – die Parteien müssen liefern!

Wie geht es weiter mit dem personellen Wiederaufbau der Polizei in NRW? Was tut die Politik, um Einsatzkräfte zu schützen? Wann ist Schluss mit der ungerichten 41-Stunden-Woche für Beamte? Wann werden endlich Zuschläge wie der DuZ angepasst? Und wie geht es weiter mit der Digitalisierung der Polizei?

Diesen und anderen drängenden Fragen stellen sich Dr. Christos Katzidis (CDU), Hartmut Ganzke (SPD), Marc Lürbke (FDP) und Verena Schäffer (Grüne) am Donnerstag, 3. März, 10 Uhr. Die Veranstaltung unter dem Motto „NRW hat die Wahl“ wird live aus dem Erich-Brost-Pavillon auf der Zeche Zollverein in Essen gestreamt. Zuschauer können online Fragen an die Innenpolitiker richten. Der Link

dazu wird vorab auf der Homepage der GdP NRW mitgeteilt. ■

NRW hat die Wahl!

Livestream
3. März 2022, 10 Uhr

Wahlcheck: Innenexperten von CDU, SPD, FDP und Grünen stellen sich den Fragen der GdP.






Dr. Christos Katzidis (CDU)
Marc Lürbke (FDP)

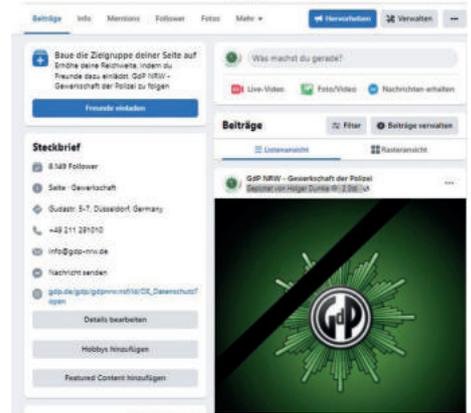
Hartmut Ganzke (SPD)
Verena Schäffer (Grüne)



GdP NRW - Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei NRW vertritt die Interessen von Polizeibeamten und Tarifbeschäftigten.

Beitragen



Fünf Jahre Social-Media-Auftritt der GdP NRW: Follower-Zahlen steigen

Nachrichten zu Polizei und innerer Sicherheit, Neuigkeiten aus der Gewerkschaft, Einordnungen und Kommentare zur Landespolitik, Hinweise oder Rückblicke auf Veranstaltungen: Seit nunmehr fünf Jahren nutzt die GdP NRW Facebook, Instagram und Twitter als kurzen Draht zu ihren Mitgliedern – und darüber hinaus. Auch Politiker, Journalisten und interessierte Öffentlichkeit lesen die Informationen. Und die Follower-Zahlen steigen.

Wann kommt der Taser endlich landesweit? Was steht im Kripopapier? Und wie steht die Gewerkschaft zu tagesaktuellen Diskussionen wie Corona-Demos oder Waffenverbotszonen? Fragen wie diese bewegen die Nutzer. Immer wieder stellt die GdP auch bei Facebook und Co. aktuelle Medienberichte ein. Die Vielfalt der Berichte zeigt: Die GdP ist für Sender wie Zeitungsredaktionen ein gefragter und geschätzter Gesprächspartner.

8.149 Menschen folgen aktuell auf Facebook (Stand 8. Februar, ein Plus von mehr als 400 im vergangenen halben Jahr). Mit zuletzt 4.107 Followern fällt der jüngste Zuwachs auf Instagram sogar noch deutlicher aus (plus fast 600). Auch bei Twitter steigen die Zahlen (1.744, plus 50). Gerade Twitter ist ein wichtiger Draht zu Entscheidern. Hier zählen Bundes- und Landtagsabgeordnete, aber auch Kommunalpolitiker zu den Followern der GdP NRW.

Was bei Beiträgen in den sozialen Medien anders ist als bei klassischen Zeitungsberichten: Leser können ganz unmittelbar reagieren. Bei der Tarifrunde zum Beispiel wurde mitgefiebert und kontrovers diskutiert. Nach der Demo in Düsseldorf klickten sich User durch die tollen Bilder von Fotograf Sven Vüllers. Ein Video von der Anwärttervereidigung fand viele Fans. Heftig debattiert wurde über die Cannabispläne der Am-

pel und die GdP-Kritik daran, übers Urteil zum Hambacher Forst und ...

Und? Kein Thema hat die Menschen so bewegt wie der furchtbare Doppelmord von Kusel. Ob Facebook, Instagram und Twitter: Viele, sehr viele Menschen nutzten den Social-Media-Auftritt der GdP NRW, um Trauer und Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen, darüber dass eine junge Polizistin und ein junger Polizist auf diese Weise aus dem Leben gerissen worden sind. ■

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 10. März.

Urlaub schon gebucht?

Auch 2022 stehen Ihnen unsere
Touristikexperten bei Ihrer
Reiseplanung zur Seite.

Buchen Sie und Ihre Angehörigen in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP Mitgliedschaft für Sie auszahlt.

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im März
erhalten einen Tchibo-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 33907, Bergisches Land
45 19651, Recklinghausen
45 29588, Bonn

Nach Doppelmord von Kusel: Bürger zeigen Anteilnahme und Solidarität mit ihrer Polizei

Der Mord an einer Polizistin (24) und einem Polizisten im Landkreis Kusel (Rheinland-Pfalz) hat die Menschen auch in Nordrhein-Westfalen schockiert. Das brachten Bürger auch gegenüber ihrer Polizei vor Ort zum Ausdruck – etwa an der Wache in Pulheim (Rhein-Erft-Kreis), wo dieses Foto entstand. Auch andernorts, zum Beispiel in

Unna oder Mülheim, brachten Bürger spontan Blumen vorbei. Andere wandten sich in Mails, Briefen oder im persönlichen Gespräch an ihre Polizei. Dabei zeigten sie nicht nur Trauer und Anteilnahme, sondern auch Solidarität oder sagten einfach mal Danke. „Danke, dass Ihr da seid und für eure Arbeit“, stand an der Wache in Pulheim. ■



Vor der NRW-Wahl: DGB diskutiert mit Spitzenkandidaten über Tarifbindung

Vor der Landtagswahl im Mai spricht der DGB NRW mit Spitzenkandidaten der Parteien darüber, wie Tarifbindung gestärkt werden kann. „Zukunft gestalten wir! Lebendige Mitbestimmung, gute Arbeit und stabile Tarifbindung“ heißt das Motto der Veranstaltung. Sie findet statt am Montag, 4. April, 9:00 Uhr, im Congress Center Düsseldorf.

Die Corona-Krise hat noch mal vor Augen geführt: Gute Arbeitsbedingungen und gute Einkommen gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Auch in NRW nimmt die Tarifbindung aber seit geraumer Zeit ab. Nun geht es darum, den Trend umzukehren. Das Ziel: Es müssen wieder viel mehr Beschäftigte unter den Schutz von Tarifverträgen fallen und von diesen profitieren.

Carolin Butterwege (Linke), Thomas Kutschaty (SPD) und Mona Neubaur (Grüne) haben bereits zugesagt. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und Dr. Joachim Stamp (FDP) sind angefragt. Interessierte Betriebs- und Personalräte können sich unter <https://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/seminare/fachbereichsuebergreifende-arbeitsweltbezogene-angebote/K10-228309-115> anmelden. ■

Nachruf

Heinz Matuschek	09.09.1951	Aachen	Fritz Schmidt	18.06.1932	Gütersloh
Karl-Heinz Zoporowski	22.08.1943	Bergisches Land	Kurt Reißer	13.10.1947	Heinsberg
Manfred Brockmann	03.12.1938	Bielefeld	Winfried Fischer	21.06.1934	Höxter
Ortwin Schneider	26.07.1950	Bielefeld	Wilhelm Böckler	08.07.1935	Köln
Dirk Kiekhäfer	18.12.1968	Bochum	Manfred Marx	12.07.1940	Köln
Markus Noglinski	28.01.1938	Bochum	Hans Goertz	19.11.1924	Mönchengladbach
Erhard Nows	23.03.1946	Bochum	Gerd Neumann	03.11.1940	Münster
Horst Chmielarz	10.04.1947	Dortmund	Lothar Bußmann	09.05.1922	Paderborn
Jochen Göllitz	16.05.1958	Dortmund	Brigitte Lämmerhirt	23.04.1945	Recklinghausen
Klaus-Dieter Enning	27.03.1938	Duisburg	Ingo Penker	23.02.1947	Recklinghausen
Wolfgang Krichel	09.11.1956	Düren	Bernd Broszio	11.04.1980	Rhein-Erft-Kreis
Gertrud Ritschel	17.12.1930	Düsseldorf	André Konze	13.11.1960	Selm
Heinz Schröder	15.03.1931	Düsseldorf	Bruno Gödde	01.05.1955	Soest
Gerhard Bonnekoh	22.06.1942	Essen/Mülheim	Rüdiger Nientiedt	20.07.1960	Unna
Marco Ueberbach	10.07.1973	Essen/Mülheim	Georg Kauer	29.08.1928	Wesel
Ursula Siegle	20.06.1939	Gelsenkirchen	Michael Müntjes	24.02.1963	Wesel